

Offener Brief

An

die Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU,
Frau Dr. Angela Merkel

den Bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CSU,
Herrn Horst Seehofer

den Vorsitzenden der SPD,
Herrn Sigmar Gabriel

Berlin, 12. November 2013

Koalitionsverhandlungen im Bereich Wissenschaft

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr verehrte Frau Dr. Merkel,
sehr verehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrter Herr Seehofer,
sehr verehrter Herr Vorsitzender, sehr verehrter Herr Gabriel,

in diesen Tagen werden Erwartungen aus allen gesellschaftlichen Bereichen an Sie herangetragen. Auch wenn wir uns sehr wohl vorstellen können, wie schwer es ist, wenn nicht allen, so doch den meisten Erwartungen gerecht werden zu wollen, so wenden wir uns trotzdem mit einem weiteren Anliegen an Sie.

Die Unterzeichner haben über viele Jahre hinweg Verantwortung in der Wissenschaftspolitik oder im Wissenschaftsmanagement getragen, sind selbst anerkannte Wissenschaftler oder engagieren sich in anderen Gebieten für das deutsche Gemeinwohl. Uns verbindet das Erkennen des fundamentalen Stellenwertes von Wissenschaft und Forschung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Wir alle sind der festen Überzeugung, dass für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland eine nachhaltige Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems von zentraler Bedeutung ist. Daher bitten wir Sie, diesem Bereich – auch wenn die breite Bevölkerung dies vielleicht nicht als prioritär betrachten mag – in den Koalitionsverhandlungen eine besondere Beachtung zu schenken.

Wie können heute die entscheidenden Weichen dafür gestellt werden, dass es uns weiter gut geht, dass die deutsche Wirtschaft stark bleibt, dass die Menschen Arbeit haben, von der sie wirklich leben können, und dass denjenigen, die nicht arbeiten können, ein menschenwürdiges Leben finanziert werden kann?

Heute entscheidet in erster Linie ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft. Das ist nicht wirklich neu und nur deshalb nicht im öffentlichen Bewusstsein, weil die deutsche Wissenschaft durch kluge Finanzierungs- und Richtungsentscheidungen in den letzten zehn Jahren sehr erfolgreich arbeiten konnte und international deutlich an Ansehen gewonnen hat. Dieser Erfolg aber steht auf dem Spiel, sollte die Politik nicht jetzt erneut die Initiative ergreifen, um das zeitnahe schrittweise Auslaufen der verschiedenen Finanzierungsvereinbarungen im Wissenschaftsbereich aufzufangen und diese zukunftsfähig weiter zu entwickeln.

Die jetzt dringend zu treffenden Finanzierungs- und Organisationsentscheidungen in Bezug auf das deutsche Wissenschaftssystem bedeuten eine Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert und beeinflussen damit substantiell die Zukunft der Menschen in Deutschland.

Wir plädieren eindringlich dafür, gleich zu Beginn der Legislaturperiode eine Initiative der neuen Bundesregierung zu starten, um zusammen mit den Ländern die Zukunftsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems zu sichern. Diese generelle Entscheidung ist bereits zu einem frühen Zeitpunkt notwendig, da in der Folge alle damit zusammenhängenden Herausforderungen nur innerhalb eines Gesamtkonzeptes sinnvoll lösbar sind. Hierbei werden die sich ergebenden finanziellen Fragen sicherlich nur im Rahmen der anstehenden Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern und im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich zu lösen sein.

Durch eine große Koalition eröffnet sich die einmalige Chance, eine breite Mehrheit zu sichern und die notwendige, schwierige Abstimmung zwischen Bund und Ländern, die in diesem Politikbereich notwendig ist, erfolgreich zu bewältigen.

Wir wollen ganz bewusst in diesem Zusammenhang keine Einzelforderungen stellen. Aus unserer Sicht müssen jedoch in einer solchen Initiative der Bundesregierung für einen „Zukunftspakt Wissenschaft“ zwischen Bund und Ländern, d. h. zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, in jedem Falle drei Kernpunkte enthalten sein:

1. Es sollte die nachhaltige Finanzierung der Wissenschaft für mindestens zehn Jahre sichergestellt werden. Dies könnte eine entsprechende Formulierung gewährleisten, welche besagt, dass dieser Bereich immer ein finanzpolitischer Schwerpunkt in den Haushalten des Bundes und der jeweiligen Länder in den kommenden Jahren sein wird – unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung.
2. Die Erfolge der Exzellenzinitiative müssen gesichert und weiterentwickelt werden. Dafür ist ein Bekenntnis zu einem ausdifferenzierten deutschen Wissenschaftssystem notwendig, welches letzten Endes die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft insgesamt und ihre nötige internationale Strahlkraft darstellt. Hier muss aus unserer Sicht ein Weg gefunden werden, dass einzelne deutsche Universitätsstandorte durch institutionalisierte Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen ihr international hervorragendes Profil halten und ausbauen können. Dies sollten Disziplinen sein, die an den jeweiligen Standorten bereits in der Exzellenzinitiative erfolgreich waren.

Gelingen kann dies aber nur durch eine entsprechende zusätzliche Förderung von Bund und Ländern. Zudem sollte an einigen wenigen Standorten allen dort vertretenen Fachrichtungen die Möglichkeit gegeben werden, ebenfalls durch gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern, wissenschaftliche Spitzenleistungen auf herausragendem internationalem Niveau zu erbringen.

3. Der Bund sollte sich schon jetzt grundsätzlich dazu bereit erklären, dass er nach Auslaufen des Hochschulpaktes 2020 mindestens in der derzeit in den verschiedenen Pakten festgeschriebenen Größenordnung die Finanzierung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in ihrer gesamten Breite unterstützt.

Ein Einvernehmen über solche Eckpunkte würde einen klaren Orientierungsrahmen für die dann auf Fachebene zu erarbeitenden Einzellösungen darstellen und ist letzten Endes die Voraussetzung für einen erfolgreichen Umgang mit den sich uns stellenden Herausforderungen. Die Initiative dazu muss von der neuen Bundesregierung ausgehen.

Wir hoffen, mit diesen Anregungen Ihre Bemühungen zur Weiterentwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen.

Hochachtungsvoll



Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Peter Frankenberg



Prof. Dr. h. c. mult.
Hans Zehetmair



Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
E. Jürgen Zöllner

Mitunterzeichnet von:

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Paul J. Crutzen

Professor Emeritus, Max-Planck-Preis für Chemie und Scripps Institution of Oceanography; Nobelpreis für Chemie 1995

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Gerhard Ertl

Professor Emeritus, Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft; Nobelpreis für Chemie 2007

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Wolfgang Frühwald

Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung von 1999 bis 2007; DFG-Präsident von 1992 bis 1997

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Theodor Hänsch

Carl Friedrich von Siemens-Professor für Physik, LMU München; Direktor am Max-Planck-Institut für Quantenoptik; Nobelpreis Physik 2005

Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
Harald zur Hausen

Professor Emeritus, Deutsches Krebsforschungszentrum; Nobelpreis Medizin 2008

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Robert Huber	Professor Emeritus, Max-Planck-Institut für Biochemie; Nobelpreis Chemie 1988
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wolfgang Ketterle	John D. MacArthur Professor of Physics, MIT-Harvard Center for Ultracold Atoms; Nobelpreis Physik 2001
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Klaus v. Klitzing	Professor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung, Nobelpreis für Physik 1985
Prof. Dr. Reimar Lüst	Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung von 1989 bis 1999; Präsident der Max-Planck-Gesellschaft von 1972 bis 1984; Vorsitzender des Wissenschaftsrates von 1969 bis 1972
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hartmut Michel	Direktor und Wissenschaftliches Mitglied am Max-Planck- Institut für Biophysik; Nobelpreis Chemie 1988
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Erwin Neher	Professor Emeritus, Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie; Nobelpreis Medizin oder Physiologie 1991
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Bert Sakmann	Professor Emeritus, Max-Planck-Institut für Neurobiologie; Nobelpreis Medizin oder Physiologie 1991
Prof. Dr. Erich Thies	Generalsekretär der Kultusministerkonferenz von 1998 bis 2011
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Ernst-Ludwig Winnacker	Secretary General, Human Frontier Science Program; DFG- Präsident von 1998 bis 2006